

Der wirtschaftliche Politikwechsel in Rußland: Ursachen und Folgen

Götz, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Götz, R. (1998). *Der wirtschaftliche Politikwechsel in Rußland: Ursachen und Folgen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 43/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47692>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Der wirtschaftliche Politikwechsel in Rußland

Ursachen und Folgen

Zusammenfassung

Rußland ist im Jahre 1998 in eine "Schuldenfalle" geraten. Bei stagnierendem Sozialprodukt, einer Staatsverschuldung im Umfang der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts, hohen Zinsen auf kurzfristige Staatsanleihen sowie einer niedrigen Steuererhebungsquote zeichnete sich Mitte 1998 ab, daß die Hälfte des föderalen Budgets nur für den Schuldendienst aufgebracht werden mußte. Da in- und ausländische Kreditgeber die Risiken dieser Konstellation erkannten, verminderten sie ihr Kreditengagement, zogen Kapital aus Rußland ab und setzten damit den Rubelkurs unter Druck. Die am 17.8.1998 erfolgte Abwertung des Rubels sowie die sie begleitenden Beschlüsse zum "Einfrieren" der Staatsschulden entlasteten zunächst den Staatshaushalt, haben aber eine Bankenkrise und ein Emporschießen der Inflation zur Folge. Der reale Sektor der Wirtschaft ist unterschiedlich betroffen. Während importintensive Fertigungen einen Kostenanstieg erleiden, steigen die Absatzchancen für Unternehmen, die heimische Vorprodukte verarbeiten und den Importrückgang kompensieren können. Da die zurückgehenden Einfuhren von Lebensmitteln und Medikamenten durch Eigenproduktion nicht kurzfristig ersetzt werden können, sind Hilfen des Westens erforderlich. Diese sollten aber nicht mehr wie bisher als Kredite vergeben, sondern als nicht rückzahlbare Übertragungen gewährt werden, wobei sich die positiven Erfahrungen mit der Marshallplan-Hilfe nutzen lassen.

Mit dem Politikwechsel war ein Wechsel an der Spitze von Regierung und Zentralbank (Machtwechsel) sowie eine wirtschaftstheoretische Umorientierung (Programmwechsel) verbunden.¹ Im Folgenden werden Hintergründe, Ursachen sowie die absehbaren Auswirkungen des sich abzeichnenden Politikwechsels analysiert.

Der Weg in die Krise

Vorboten der Krise

Rußlands Wirtschaftskrise, die sich Mitte 1998 zuspitzte, hatte bereits im Herbst 1997 ihre Vorboten ausgesandt. Die Kurse der russischen Aktien fielen, die Kreditwürdigkeit des Landes wurde von den

¹ Siehe Roland Götz: "Back in the USSR"? Von der Rubelabwertung zum Macht- und Programmwechsel in Rußland, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 41/1998.

internationalen Ratingagenturen schrittweise gesenkt, die Steuereinnahmen blieben hinter den Ansätzen weit zurück, und selbst die Erdölkonzerne gerieten wegen des sinkenden Rohölpreises in finanzielle Schwierigkeiten. Die erleichtert aufgenommene Trendwende zum Wirtschaftswachstum, bestehend in einem bescheidenen, unter einem Prozent liegenden, Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts 1997 gegenüber 1996 war – wenn nicht sogar Ergebnis einer statistischen Schönrechnung – jedenfalls nur ein Augenblickserfolg. Zu Jahresbeginn 1998 waren die Lagebeurteilungen der professionellen Beobachter noch durch eine Mischung aus Besorgnis und vorsichtigem Optimismus gekennzeichnet.² Die Finanzmärkte allerdings sahen die Lage bereits kritischer (und behielten – allerdings auch im Wege einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung – recht): Während das russische Finanzministerium im ersten Halbjahr 1998 kurzfristige Dollaranleihen zu einem Zinssatz von rund 10% aufnehmen konnte, konnte es in Rubel lautende kurzfristige Anleihen nur mit Abschlägen unterbringen, die eine Verzinsung einschlossen, die um 20-40% über der Inflationsrate (bzw. der absehbaren Abwertungsrate des Rubels) lag.³ Diese "Währungsrisikoprämie" ließ sich als der von den Kreditgebern erwartete Abwertungssatz des Rubels interpretieren. Aber auch zu der angebotenen hohen Verzinsung war die Placierung von Rubelanleihen durch den russischen Staat bald nicht mehr in dem Umfang möglich, den das Budgetdefizit im Verein mit dem gerade durch die hohen Zinssätze erforderlichen Umfang der Zinszahlungen auf bereits vergebene Anleihen erforderten.

Rußland in der "Schuldenfalle"

Im Mai bestand nach Aussage des damaligen Premierministers Kirienko folgende Lage der Staatsfinanzen: Die monatlichen Staatseinnahmen betrugen 22-23 Mrd. Rubel, die minimalen Ausgaben (nach bereits erfolgter Ausgabenkürzung) 25-26 Mrd. Rubel, zuzüglich 30 Mrd. Rubel für die laufende Tilgung von Staatsanleihen. So war man gezwungen, monatlich für 33 Mrd. Rubel (5 Mrd. US-\$) neue Anleihen aufzunehmen.⁴ Zur Annahme eines Antikrisenprogramms, das weitere Ausgabenkürzungen sowie Reformen des Steuer- und Sozialsystems umfaßt hätte, war die Duma mit Blick auf die 1999 bevorstehenden Wahlen jedoch nicht zu bewegen. Kirienko wiederum, der sich nicht als Politiker, sondern als Manager verstand, scheute den politischen Skandal eines Rücktritts.⁵ Darüber hinaus war absehbar, daß die "Schuldenfalle", in die Rußland geraten war, sich gegen Jahresende 1998 und im Verlauf des Jahres 1999 noch zuspitzen würde: Wegen des hohen inländischen Zinsniveaus (und auch wegen des schleppenden Reformverlaufes) war 1998 und 1999 mit keinem erheblichen Wirtschaftswachstum zu rechnen. Die in Rubel denominierte Staatsverschuldung, die rund 15% des BIP ausmachte und (wenn das Zinsniveau von Mitte 1998 weiter anhielt) eine Realverzinsung von rund 45% erforderte, hätte 1999 einen Schuldendienst in Höhe von 7% des zu erwartenden BIP zur Folge gehabt. Die Devisenschuld, die rund 30% des BIP betrug, hätte mit ihrer mäßigen Verzinsung (rund 6%) zu einer zusätzlichen Budgetbelastung in Höhe von 2% des BIP geführt. Dieser Gesamtbelastung von 9% des BIP standen 1999 "echte", d.h. in Geld bezahlte Steuereinnahmen von voraussichtlich nur 10% des BIP gegenüber.⁶ Die Relation von Schuldendienst zu (monetären) Steuereinnahmen in Höhe von 90% erschien nicht nur für 1999 untragbar, sondern warf darüber hinaus die Frage auf, wie es weitergehen sollte, wenn die Staatsverschuldung sich in Zukunft noch erhöhen würde.

² Vorsichtigen Optimismus ließ noch das Aprilgutachten der mit der Rußlandbeobachtung betrauten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute DIW (Berlin), IW (Kiel) und IWH (Halle), in: DIW-Wochenbericht 18/1998, erkennen. Skeptischer war bereits im Januar 1998 der Tenor bei Ognian Hishow: Erhofftes Wachstum gefährdet, Stabilität beeinträchtigt, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 4/1998.

³ Russian Economic Trends 1998.2, S. 33.

⁴ Interview mit Sergej Kirienko, in: Kommersant, 17.10.1998, S. 1/5.

⁵ Ebenda.

⁶ Russian Economic Trends 1998.2, S. 34f.

Die Schlüsselrolle des Rubelkurses

Während die Handelsbilanz im vierten Quartal 1997 noch mit einem Überschuß von 4 Mrd. US-\$ abgeschlossen hatte, wurde im ersten Quartal 1998 nur noch ein Plus in Höhe von 1 Mrd. US-\$ erzielt, und im zweiten Quartal 1998 überstiegen die Importe die Exporte um mehr als 1 Mrd. US-\$.⁷ Damit drohte ein Ausbrechen des Rubelkurses aus dem von der Zentralbank festgelegten Korridor. Die Politik der Budgetfinanzierung durch den Kapitalmarkt hing jedoch von der Zusicherung eines stabilen Wechselkurses ab, da ansonsten weder die inländischen noch die ausländischen Investoren (die bereits 1997 mehr als die Hälfte des Budgetdefizits finanzierten) weiterhin zur Kreditvergabe bereit waren. Eine Abwertung und auch nur ein Vertrauensverlust in den stabilen Rubel mußte daher unter allen Umständen vermieden werden.⁸ Die russische Zentralbank hatte daher keine andere Wahl, als ihre Devisenreserven einzusetzen, um den Rubelkurs zu stützen. Auch der IWF sprang der Zentralbank im Rahmen des Hilfspaketes vom Juli bei und gewährte einen Kredit zur Aufstockung der Devisenreserven in Höhe von rund 4,8 Mrd. US-\$, wovon 3,8 Mrd. US-\$ innerhalb weniger Tage auf dem Devisenmarkt ausgegeben wurden. Damit waren die Möglichkeiten der russischen Zentralbank erschöpft, und sie mußte sich zur Freigabe des Rubelkurses bereitfinden.

Die Regierungsmaßnahmen und ihre unmittelbaren Auswirkungen

Durch die Abwertung des Rubels (die durch den weitgehenden Verzicht der Zentralbank auf Interventionen auf dem Devisenmarkt bewirkt wurde) verminderte sich der Dollarwert aller in Rubel rückzahlbaren Auslandskredite entsprechend. Daraus entsteht dem Ausland voraussichtlich insgesamt ein Verlust in Höhe von rund 15 Mrd. US-\$, wovon in erster Linie eine Reihe von westlichen Großbanken betroffen sind.⁹ Außerdem stellte die Regierung die Rückzahlung der kurzfristigen Staatskredite zunächst ein, indem sie deren Umwandlung ("Restrukturierung") in Anleihen mit längerer Laufzeit und niedriger Verzinsung verlangt. Daneben wurden für drei Monate Zahlungen russischer Banken an ausländische private Kreditgeber untersagt. (Dies schützt russische Banken, die innerhalb von Devisenterminkontrakten Dollar-Anleihen aufgenommen hatten, die sie nun nicht zurückzahlen können.) Die Notmaßnahmen der Zahlungseinstellung (default), die in westlichen Finanzkreisen – gelinde gesagt – Befremden ausgelöst haben, versperren dem Land bis auf weiteres, vielleicht für Jahre, den Zugang zu westlichen Kreditmärkten. Rußland löst seine akute Finanzkrise somit zunächst auf Kosten der in- und ausländischen Gläubiger. Zwischenzeitlich kehrt man zur Deckung des Budgetdefizits durch Zentralbankkredite zurück, was als "kontrollierte Geldemission" umschrieben wird. Auf eine Vermehrung der Steuereinnahmen kann man zumindest kurzfristig nicht hoffen, da zunächst das Sozialprodukt und die Einkommen zurückgehen werden. Einzig die beabsichtigte erneute Durchsetzung des staatlichen Alkoholmonopols, das zu sowjetischer Zeit ein Drittel des Staatsbudgets finanzierte, verspricht gewisse Mehreinnahmen.

Die Problematik vermeintlicher Patentrezepte

Die Gefahren einer Geldemission

Unbestritten ist die Monetarisierung der russischen Volkswirtschaft vergleichsweise gering, wenn das Verhältnis der Geldmenge zum nominellen Bruttoinlandsprodukt nur knapp 15% beträgt gegenüber rund 50-100% in westlichen Marktwirtschaften.¹⁰ Unbestreitbar ist auch, daß das knapp gehaltene Geld eine Ursache dafür ist, daß Löhne und Gehälter nicht bezahlt und Waren nicht verkauft und gekauft, sondern getauscht werden. Aber ebenso unbestreitbar ist, daß zusätzlich in Umlauf gebrachtes Geld in Rußland zu einem nicht unbeträchtlichen Teil sofort in Devisen umgetauscht

⁷ Ekspert, 38/1998, S. 7, nach Angaben der Zentralbank Rußlands.

⁸ PlanEcon Report 19-20/1998, S. 2.

⁹ Artur Sarkisov: Innostranny riskujut poterjat' v Rossii bolee 200 milliardov dollarov, in: NG-Politikonomija, 15/1998. S. 11.

¹⁰ Russian Economic Trends 1998.2, S. 92; Deutsche Bundesbank: Monatsbericht 6/1998, S. 10* und 61*. Der russischen Geldmengenabgrenzung M2 entspricht hierbei die deutsche Abgrenzung M3.

würde, die dann entweder "unter dem Kopfkissen" gespart, in den Zahlungskreislauf der Schattenwirtschaft eingeschleust oder außer Landes gebracht würden und nichts anderes als Kapitalexport bedeuteten. Abgesehen davon, daß die in Dollars oder DM umgetauschten Rubel die legale Binnenwirtschaft nicht beleben – womit die Rechtfertigung für die Geldvermehrung weitgehend entfielen – entsteht durch die zusätzliche Nachfrage nach Devisen ein Verkaufsdruck auf den Rubel und damit wird, wenn kein zusätzliches Devisenangebot auftritt, weiterer Kursrückgang bewirkt. Damit werden die importierten Güter teurer und die Inflation, die eigentlich aus der Liste der Plagen, die Rußland heimsuchten, getilgt zu sein schien, wird wiederbelebt. Die Flucht in Zweitwährungen (Dollarisierung) nimmt zu, und es ist damit zu rechnen, daß Regionen eigenes Geld ausgeben, mit dem sie sich vor dem "wertlosen" Zentralbankgeld schützen wollen mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Desintegration der Volkswirtschaft. Die realen Staatseinnahmen gehen zurück, weil die Steuererhebung auf einem Preisniveau basiert, das zum Zeitpunkt der Steuerzahlung bereits überholt ist ("Oliveira-Tanzi-Effekt"). Das bedeutet, daß die Budgetfinanzierung durch "Gelddrucken" eine gefährliche Illusion ist, die sich nach kurzer Zeit gegen ihre Erfinder wendet.

Zaubermittel currency board?

Als Radikalkur für das russische Geldsystem wurde, unter anderem vom ehemaligen Finanzminister Boris Fedorov, der currency board ins Gespräch gebracht, der in einigen Ländern (Argentinien, Bulgarien, Estland, Litauen, Hongkong und andere) erfolgreich installiert wurde. Bei dieser Geldverfassung wird das im Umlauf befindliche Geld streng durch den Bestand an Gold und Devisen begrenzt und daher stets voll und zu dem anfangs festgelegten Kurs konvertierbar. Dadurch wird Währungsspekulation verhindert und Kursstabilität gewahrt. Wenn der Mechanismus des currency board wirkt, führt jede unwirtschaftliche Nutzung der extrem knapp gehaltenen Geldmenge – etwa durch Kreditierung bankrotter Unternehmen oder zum Ausgleich eines Budgetdefizits – zu Liquiditätsentzug für die Wirtschaft und zu Konkursen an anderer Stelle. Für Rußland, mit seinem von Schuldentilgung und Sozialausgaben bis hin zur Nachzahlung von Gehältern der Staatsbediensteten überlasteten Staatshaushalt, wäre ein solcher Mechanismus gleichbedeutend mit dem unmittelbaren Zusammenbruch der meisten Betriebe in der verarbeitenden Industrie, im Kohlebergbau sowie in der Landwirtschaft.¹¹ Auch wenn dieses System "vernünftig" angewandt würde, was die Kooperation etwa von IWF und Weltbank in diesem "Währungsrat" (currency board) einschließen würde, wäre Voraussetzung der starke politische Wille der russischen Regierung zu einem harten Sparkurs – also gerade zu dem, was man den "Monetaristen" vom Schlage Tschubais und Fedorov bislang zum Vorwurf machte und abschaffen wollte.¹² Deswegen muß die Hoffnung auf einen 'deus ex machina' vom Typ des currency board für Rußland bis auf weiteres wohl begraben werden, und es verbleibt bestenfalls die Aussicht auf konventionelle Maßnahmen wie die Umschuldung oder Streichung von Auslandsschulden.

Rußlands wirtschaftliche Zukunft

Die absehbare Gesamtentwicklung

Wenn sich der Wechselkurs gegen Ende 1998 auf 20 Rubel/US-\$ bewegt, wird die Inflationsrate im Jahresvergleich 1998 nach Berechnungen der russischen Zentralbank gegenüber 1997 rund 57% bzw. Dezember 1998 gegenüber Jahresanfang rund 190% betragen.¹³ Wegen der Unterbrechung von Importgeschäften und der verstärkten Zurückhaltung westlicher Investoren als Folge der Mißernte des Jahres 1998, aber vor allem wegen der durch die anspringende Inflation geminderten Massenkaufkraft wird die Wirtschaftsleistung 1998 gegenüber 1997 um einige Prozent zurückgehen. Ob 1999 ebenfalls mit einem Rückgang des BIP zu rechnen ist, hängt vom Wirtschaftskurs der

¹¹ Vladimir San'ko: Kurs reform neizmenen, in: Nezavisimaja gazeta, 19.9.1998, S. 4.

¹² IMF (ed.): Currency Board Arrangements. Issues and Experiences, in: Occasional Paper 151, Washington D.C. 1977.

¹³ Kommersant, 25.9.1998, S. 4-5.

Regierung ab. Sollte es zu einer kreditfinanzierten Nachfrageausweitung kommen, ist ein kurzfristiger positiver Wachstumseffekt vorstellbar, wenngleich die längerfristigen Folgen negativ zu bewerten sind. Kommt es zu Renationalisierung, zu Preiskontrollen und planwirtschaftlichen Eingriffen, kann sogar das "geplante Wachstum" der Sowjetzeit zurückkehren, wie es in Belarus schon der Fall ist. Diejenigen Unternehmen (in der Regel die teilprivatisierten Staatsbetriebe), die die Strategie des Tauschhandels kultivieren, haben jetzt noch mehr Grund dazu als früher, weil Zahlungsvorgänge über das Bankensystem nicht funktionieren und die zu erwartende Hyperinflation das Schuldenmachen geradezu hervorruft.¹⁴ Regional werden die Millionenstädte, in denen der neue Mittelstand konzentriert ist und mit Vorliebe importierte Konsumgüter kaufte, und wo die neuen Banken, Handelsgeschäfte und Dienstleistungsbetriebe entstanden waren (vor allem Moskau und St. Petersburg), nachteilige Wandlungen erleben. Dagegen wird sich die Lage in den Kleinstädten der Provinz und im Lande nicht wesentlich verändern.¹⁵

Probleme des Bankensektors

Von den Wirtschaftssektoren wird der Bankensektor am meisten betroffen: Weil viele der russischen Banken (von den hundert größten etwa die Hälfte) netto im Ausland verschuldet sind (d.h. ihre im Ausland aufgenommenen Kredite übersteigen ihre Auslandsguthaben), hat die Abwertung des Rubels ihre Verbindlichkeiten entsprechend erhöht. Dazu kommt die Niedrigerbewertung der von ihnen gehaltenen Staatspapiere um rund 75% sowie der durch die Krise ausgelöste Run auf die Bankguthaben und schließlich der Kursrückgang der Aktien, was insgesamt das Kapital der russischen Banken – je nach Einfluß der verschiedenen Faktoren – mehr oder weniger stark dezimierte. Fast alle großen Banken kamen in Liquiditätsschwierigkeiten und mußten ihre Operationen vorübergehend einstellen. Die russische Regierung erwägt nun die Teilverstaatlichung der Großbanken und ihre Zusammenfügung zu einem vor allem im staatlichen Interesse agierenden Bankenkomplex unter Führung der Zentralbank und der größten russischen Bank, der staatlichen Sberbank (Sparkasse).¹⁶

Die Auswirkung der Rubelabwertung auf den realen Sektor

Die direkte Wirkung der Rubelabwertung sind höhere Importpreise. Stark negativ betroffen sind von ihr die unzähligen "Kioske", aber auch Kaufhäuser wie das Moskauer GUM, da dort fast ausschließlich importierte Waren verkauft werden. So kann sich die breite Masse der Konsumenten, deren Einkommen nicht ansteigen, aber auch der vom Arbeitsplatzabbau betroffene Mittelstand viel weniger leisten als zuvor. Der durch höhere Importpreise und gegebenenfalls auch administrative Importrestriktionen erzwungene Importrückgang wird den bisher von der Auslandskonkurrenz verdrängten einheimischen Anbietern dagegen bessere Absatzchancen eröffnen; Voraussetzung ist aber, daß diese ihre Produktionskapazitäten ausweiten und modernisieren können, um den seit der Sowjetzeit erheblich gestiegenen Qualitätsansprüchen genügen zu können. Dagegen wird die Rubelabwertung vielen bereits erfolgreich am Markt etablierten Unternehmen kaum Vorteile bringen, da sie mit importierten Vorprodukten arbeiten, für die sie nun erheblich mehr bezahlen müssen. So wird die Moskauer Süßwarenfabrik "Roter Oktober" – wegen der stark ins Gewicht fallenden Kakaoimporte – einen erheblichen Kostenanstieg verkraften müssen. Anders dagegen werden Unternehmen wie die Novgoroder Bierbrauerei Baltika, die nur einheimische Rohstoffe verarbeiten, kaum Gewinneinbußen erleiden.¹⁷ In einem gewissen, schwer zu prognostizierenden Umfang wird sich die Rubelabwertung positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure auswirken, da – wenn sie nicht durch Inflation und Lohnsteigerungen konterkariert wird – über den gestiegenen Rubelerlös der Gewinn erhöht (bzw.

¹⁴ Vgl. zur "virtual" oder "barter" economy: Clifford G. Gaddy/Barry W. Ickes, Russia's Virtual Economy, in: Foreign Affairs, 5/1998, S. 53-67.

¹⁵ Vladimir Mau: Te že ljudi, te že teni, in: Itogi, 22.9.1998, S. 31.

¹⁶ Tat'jana Koškareve/Rustam Narzikulov: Kontury novoj bankovskoj sistemy Rossii uže izvestny, in: Nezavisimaja gazeta, 15.10.1998, S. 1/3.

¹⁷ NG Politkonomija, 14/1998, S. 6-7.

Verlust vermindert) wird; so meldet der Metallkonzern Norilskij Nickel, daß man dank der Abwertung nun "überleben" werde.¹⁸

Die soziale Lage und die Rußlandhilfe

Die "importierte Inflation" wird mittelfristig zweifellos über den Weg der Indexierung von Renten, Löhnen und Gehältern (also durch staatliche Maßnahmen) eine gewisse Anpassung der Masseneinkommen

¹⁸ vwd Rußland, 9.10.1998, S. 1.

an das gestiegene Preisniveau zur Folge haben, bedeutet aber zunächst eine Minderung der Realeinkommen. Nach der amtlichen Statistik lagen im September die Einkommen von 30% der Bevölkerung unter dem Existenzminimum, während dieser Anteil noch im August bei 22% gelegen hatte.¹⁹ Allerdings ist für die reale Lebenssituation nicht der durchschnittliche Preisindex, sondern die spezifische Verteuerung bestimmter Warengruppen ausschlaggebend. Bei Lebensmitteln und Medikamenten sind Verteuerung und Importrückgang besonders hoch. Verschärft wird dieses Problem durch die extreme Mißernte des Jahres 1998, wodurch der heimischen Lebensmittelindustrie verwehrt wird, ihre potentiellen Marktchancen zu nutzen.

Rußland importierte 1997 Frischfleisch sowie Geflügel für zusammen 1,8 Mrd. US-\$ und Medikamente für 1,6 Mrd. US-\$ aus dem "fernen" Ausland (1996: 1,2 bzw. 1,1 Mrd. US-\$).²⁰ Beim neuen Wechselkurs dürften diese Importe, wie es sich bereits abzeichnet, um mindestens 50% zurückgehen und damit Versorgungslücken entstehen lassen, die durch die heimische Produktion nicht oder zumindest nicht bald geschlossen werden können. Wenn beispielsweise ein Drittel der Importe durch Hilfen ersetzt werden sollte, wären dafür monatliche Aufwendungen in Höhe von 50 Mio. US-\$ für Fleisch und Geflügel sowie 45 Mio. US-\$ für Medikamente erforderlich. Um Rußlands Schuldenberg nicht noch weiter anwachsen zu lassen, sollten diese Hilfen 1998/99 als nicht rückzahlbare Zuschüsse gewährt werden. Zukunftsweisend wären projektgebundene Finanzhilfen zum Aufbau von Produktionskapazitäten, die der Importsubstitution dienen. Die weitere Unterstützung Rußlands sollte sich unter den gegebenen Umständen nicht am Standardmodell der internationalen Finanzorganisationen, sondern am Marshallplan orientieren, bei dem 90% der Hilfen aus nicht rückzahlbaren Übertragungen bestanden.²¹ Für alle Hilfen muß gefordert werden, daß weder die entsprechenden russischen Produzenten vom Markt verdrängt werden dürfen, noch eine neue Quelle der Korruption und der Schattenwirtschaft entsteht.²² Keinesfalls jedoch darf die Versorgung der Bevölkerung als Begründung für weitere Milliardenkredite des IWF, der Weltbank und der EBRD herhalten, die Rußland weiter in die "Schuldenfalle" treiben.

Roland Götz

¹⁹ Interfax-Meldung in: Nezavisimaja gazeta, 21.10.1998, S. 4. Das Mindesteinkommen wurde im September 1998 im Durchschnitt mit 552 Rubeln berechnet (Beschäftigte 621 Rubel, Rentner 389 Rubel).

²⁰ Vnešnyj oborot Rossii v 1997 g., in: Vnešnaja trgovlja, 1-3/1998, S. 65-68, hier S. 68. Diese Zahlen erfassen nicht die "Kofferimporte" des schwarzen Marktes.

²¹ Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Privater und öffentlicher Ressourcentransfer nach Rußland, in: DIW Wochenbericht, 4/1997, S. 65-88, hier S. 77.

²² Jörg Eigendorf: Das Kreuz mit der Hilfe, in: Die Zeit, 44/1998, S. 37. Zur Warnung kann auch dienen, daß die Regierungskommission für humanitäre Hilfe unter ihren damaligen Leitern Oleg Davidov und Jurij Saltanov der Veruntreuung bezichtigt wurde. Vor allem die Zollbefreiung für humanitäre Lieferungen schafft einen idealen Ansatz für die Korruption, vgl. Andrej Bagrov, "Nožkami Kamdessju" zajmetsja Matvienko, in: Kommersant, 20.10.1998, S. 1.